

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Soziales
Stauber, Elisabeth Telefon: 07071-204-1503
Gesch. Z.: 50/

Vorlage 57/2022
Datum 25.01.2022

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff:	Beitritt der Stadt zum Gesunde Städte-Netzwerk
Bezug:	808a/2020
Anlagen:	Übersicht der Familienbeauftragten zu Gesundheitsförderung und Prävention in Tübingen

Zusammenfassung:

Gesundheitsförderung ist ein wichtiger Schwerpunkt kommunaler Daseinsvorsorge. Die Verwaltung sieht dies als Querschnittsaufgabe, es sind viele Fachbereiche und Stabsstellen damit befasst. Über die vielfältigen bestehenden Ansätze und Projekte im Bereich der Gesundheitsförderung mit Schwerpunkt Kinder und Jugendliche informiert eine von der Familienbeauftragten erstellte Übersicht (siehe Anlage). Die Stärkung kommunaler Gesundheitsförderung ist insbesondere für ältere Menschen von Bedeutung und steht in engem Zusammenhang mit der Bewältigung des demographischen Wandels.

Ein Beitritt der Stadt zum Gesunde Städte-Netzwerk bedeutet systematische, umfassende und koordinierte Gesundheitsprävention, eine kommunale Koordination der Aufgaben sowie regelmäßige Berichterstattung. Dies ist mit einer Aufgabenmehrung verbunden und für die Verwaltung mit den bestehenden Ressourcen nicht leistbar.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen: Ergebnishaushalt		lfd. Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten	Entwurf HH-Plan 2022	Folgejahre
DEZ01	Dezernat 01 BM'in Dr. Daniela Harsch			EUR	
THH_5	Bildung, Jugend, Sport und Soziales				
FB50	Soziales				
3680		18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-1.500	
Kooperation und Vernetzung			<i>davon für diese Vorlage</i>	-200	-200

Die Kosten für den Beitrag der Stadt zum Gesunde Städte-Netzwerk sind auf dem Produkt 3680 „Kooperation und Vernetzung“ veranschlagt.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Mit dem Haushaltsbeschluss 2021 wurde auf Grundlage eines interfraktionellem Antrags ein Betrag in Höhe von 200 € in den Verwaltungshaushalt gestellt, um den Beitrag der Stadt zum Gesunde Städte-Netzwerk zu ermöglichen.

Mit dieser Vorlage berichtet die Verwaltung über ihre Vorgehensweise im Umgang mit dem Thema und den Zielsetzungen kommunaler Gesundheitsförderung.

2. Sachstand

Das Gesunde Städte-Netzwerk ist ein bundesweiter freiwilliger Zusammenschluss von Kommunen, die Aufgaben der Gesundheitsförderung als Schwerpunkt voranbringen und für gesundheitsfördernde Lebensbedingungen und Strukturen in der Stadt Sorge tragen wollen. Das Netzwerk hat ein Leitbild, eine Gesunde Städte-Konzeption und ein 9-Punkte-Programm erarbeitet. Diese Dokumente und die darin beschriebenen Zielsetzungen gelten als Grundlage für den Beitritt. Auch ist die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung maßgeblich.

Städte oder Landkreise, die beitreten wollen, haben dafür eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen. Unter anderem ist erforderlich:

1. der Gemeinderat beschließt den Beitritt und erklärt sich mit den o.g. Zielsetzungen einverstanden
2. eine für die Gesunde Städte-Arbeit verantwortliche Person ist zu benennen; ihr obliegen u.a. die Aufgaben der kommunalen Koordination
3. eine ressortübergreifende gesundheitsfördernde Politik ist zu entwickeln. Die Politikbereiche und Fachämter sind einzubeziehen, ebenso sind mit weiteren Institutionen, Verbänden und Bürgerinitiativen Vernetzungsstrukturen aufzubauen

4. bei allen öffentlichen Planungen sollen gesundheitsfördernde Inhalte berücksichtigt werden. Der bzw. die Koordinator_in ist bei Belangen frühzeitig zu informieren
5. Mitwirkungs- und Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich der Gesundheitsprävention für die Bürgerschaft sind zu schaffen, eine Vertretung aus dem Kreis der Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen ist zu wählen
6. eine Gesundheits- und Sozialberichterstattung soll prozessbegleitend entsprechende Daten aufbereiten
7. Teilnahme an der jährlichen Mitgliederversammlung des Netzwerks durch eine Vertretung der Verwaltung sowie die Vertretung der Bürgerinitiativen
8. regelmäßige und umfassende Information des Netzwerks über die Aktivitäten in der Kommune
9. ein Erfahrungsbericht ist alle vier Jahre zu erstellen und im Netzwerk vorzutragen. Spätestens nach vier Jahren ist der Gemeinderat über die kommunale Umsetzung des Gesunde-Städte-Programms zu informieren

Diese Vorgaben des Netzwerks sind ohne zusätzliche Verwaltungsressourcen nicht zu erfüllen.

Als bürgerschaftlich getragene Initiative hat sich in den letzten Jahren der Arbeitskreis "Gesunde und soziale Stadt" gegründet, eine Untergruppe des PatientenForums. Dieser Arbeitskreis hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Entwicklung guter Bedingungen für ein gesundes Leben in Stadt und Landkreis gefördert und verstärkt wird. Dies soll erreicht werden durch Veranstaltungen zum Thema Gesundheit, die eine Verbesserung im Gesundheitswesen und eine Stärkung der Patient_innen intendieren und deren politische Mitwirkung an Entscheidungen fördern.

Die Gemeinderatsfraktionen sowie zahlreiche Bereiche der Stadtverwaltung wurden vom Arbeitskreis direkt informiert und zu Gesprächen eingeladen. Im Juli 2021 fand ein gemeinsames Gespräch mit der Leitung des Fachbereichs Soziales und die Leitung der Fachabteilung Sozialplanung und Entwicklung statt. Es diente dem Austausch der Zielsetzungen und Vorhaben, sowie der Abstimmung möglicher gemeinsamer Aktivitäten. Die Verwaltung hat den Arbeitskreis über die Vielzahl bestehender gesundheitsfördernder Ansätze in Tübingen informiert. Es wurde vereinbart, dass insbesondere im Bereich der Stadtteiltreffs Gesundheitsthemen vermehrt angeboten werden können und dass sich hierzu eine direkte Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis anbietet. In den Stadtteiltreffs Brückenhaus und NaSe wurde bereits eine gemeinsame Veranstaltungsreihe, sowie ein Gruppenangebot für geflüchtete Frauen initiiert. Die AOK fördert dies, die Verwaltung wird ergänzend fördern.

Der Arbeitskreis wünscht sich einen Beitritt der Stadt zum Gesunde Städte-Netzwerk als Zeichen, dass die Bemühungen um gesundheitsfördernde Strukturen und Bedingungen verstärkt werden. Er erhofft sich neue Impulse von einem Beitritt durch den überregionalen Austausch der Ansätze und Programme.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung legt seit vielen Jahren einen großen Wert auf Themen der Gesundheitsförderung. Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit: Kinder aus benachteiligten Familien weisen häufiger körperliche, kognitive, emotionale, sprachliche und motorische Entwicklungsdefizite auf als Kinder aus

bessergestellten Familien. Sie leben auch häufiger in weniger gesundheitsförderlichen Lebenswelten als andere Kinder. Daher spielen gesundheitsfördernde Ansätze und Projekte im Tübinger Präventionskonzept gegen Kinderarmut und in der Arbeit des Runden Tisches Kinderarmut eine bedeutende Rolle. Durch die derzeit laufende Landesförderung konnten einige neue Projekte mit dem Schwerpunkt Gesundheitsförderung umgesetzt werden. Dafür gibt es auch bei der Koordination Kinderchancen angesiedelte Stellenanteile, noch bis Ende November 2022.

Auch im Bereich der Kindertagesstätten, der Schulen, der Jugendarbeit und der Sportförderung gibt es eine Fülle an Maßnahmen und Konzepten, die am Thema Gesundheit ansetzen bzw. dafür von Belang sind. Bei der Integrationsarbeit mit geflüchteten Menschen sind Gesundheitsthemen ebenfalls von Bedeutung, wie zuletzt in der Berichtsvorlage zur Elterngesundheitssprechstunden in Anschlussunterkünften aufgezeigt wurde. Ein von der Familienbeauftragten erstellter Überblick über die umfangreichen bestehenden Ansätze findet sich im Anhang. Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da es bislang keine zentrale städtische Koordination im Bereich Gesundheitsförderung gibt.

Besonders augenscheinlich ist die Relevanz gesundheitsfördernder Ansätze und Strukturen für ältere Menschen. Je früher und je besser im Bereich der Prävention gehandelt wird, desto eher lassen sich Gesundheit, Beweglichkeit und Selbständigkeit bei zunehmendem Alter erhalten. Auch unter älteren Menschen ist der Zusammenhang zwischen Armut und Gesundheit offensichtlich: Die gesunde Lebenserwartung von Männern/Frauen, welche unter 60 Prozent des durchschnittlichen Einkommens erzielen, liegt bei 56,8/60,8 Jahren. Die gesunde Lebenserwartung von Männern/Frauen, welche über 150 Prozent des durchschnittlichen Einkommens erzielen, liegt dagegen bei 71,1/71 Jahren.*

Nachweislich gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Gesundheitsprävention, Pflegebedarf und Demenzerkrankungen im Alter. Namhafte Expertinnen und Experten weisen auf diesen Zusammenhang hin und empfehlen den Kommunen den Ausbau gesundheitsfördernder Konzepte, um dem demografischen Wandel und der zunehmenden Zahl pflegebedürftiger Menschen zu begegnen. Auch angesichts des Fachkräftemangels bedarf es neuer und ergänzender Konzepte zur Gesundheitsförderung. Bewegungsförderung, Unterstützung der aktiven Teilhabe am Stadtteil-Leben und Stärkung der Nachbarschaften werden dabei hervorgehoben. Dies ist insbesondere für Personengruppen mit geringeren Ressourcen (Einsamkeit, Altersarmut, Migration), aber auch für alle älteren Menschen von Bedeutung. Geeignete Ansätze sind u.a. aktivierende Hausbesuche, präventive Besuchsdienste, der Transfer des Projekts TAPs auf ältere Menschen, niedrigschwellige Bewegungskationen in den Stadtteilen bis zur Balkon- oder Fenstergymnastik.

Die Verwaltung wird deshalb ihre Arbeit im Bereich der Gesundheitsprävention im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten fortsetzen. Sie sieht eine besondere Anforderung im Bereich ältere Menschen; dies wird im Programm Seniorenleben und Pflege Berücksichtigung finden. Mögliche Förderlinien für entsprechende Projekte werden dabei genutzt.

Für eine grundsätzliche Intensivierung, für eine kommunale Koordination und für den Aufbau neuer gesundheitsfördernder Ansätze über das bestehende Maß hinaus sieht die Verwaltung mit den bestehenden Ressourcen keine Möglichkeit. Ein Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk macht auf diesem Hintergrund keinen Sinn, da die hier geforderten

Leistungen und Schritte nicht erbracht werden können.

4. Lösungsvarianten

- 4.1. Der Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk wird beschlossen. Um die Vertiefung der kommunalen Gesundheitsförderung und den Beitritt zu ermöglichen, wird eine Stelle von 0,5 VK bei der Fachabteilung Sozialplanung und Entwicklung geschaffen. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt 2022 eingestellt. Dies ermöglicht es zudem, neue Ansätze zur Gesundheitsförderung und Prävention für ältere Menschen und schwerer erreichbare Zielgruppen auf den Weg zu bringen. Die Stelle wird mit einem Sachbudget zur Anschubfinanzierung von Projekten in Höhe von 10.000 € ausgestattet.

5. Klimarelevanz

Klimaschutz und Gesundheitsprävention stehen grundsätzlich in einem Zusammenhang. Gesundheitsprävention gewinnt angesichts klimatischer Veränderungen an Bedeutung.

* Quelle: Handbuch zur kommunalen Gesundheitsförderung. Städte und Gemeinden gesundheitsförderlich, lebenswert und generationenfreundlich gestalten. Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg 2015.